

Hugo Portisch

## Über das "Rundfunk-Volksbegehren"<sup>1</sup>

(protokolliert von Sylvia Patzer)

... 1963 waren die beiden Koalitionsparteien schon fast im 20. Jahr ihrer Regentschaft und haben ein neues Koalitionsabkommen geschlossen. Bei diesem Koalitionsabkommen haben sie auch einen Geheimpakt vereinbart. In diesem Geheimpakt stand: "Und jetzt hören wir auf zu streiten um Rundfunk und um Fernsehen", – denn 1963 war das Fernsehen natürlich schon ein erkanntes meinungsbildendes Medium – "Wir werden uns einfach die Kontrollen über diesen Rundfunk teilen." Denn damals war es so: Der Hörfunk war schwarz, das Fernsehen war rot. Das Fernsehen bekam mit der Zeit Übergewicht und die beiden Parteien haben sich da gegenseitig blockiert. Die haben das Geld nicht hergegeben, weder für das eine noch für das andere Instrument. Jetzt wollten sie das also bereinigen: "Wir machen ein Kontrollabkommen über den Rundfunk und zwar als Sideletter sozusagen zu dem Koalitionsakt und das wird nicht veröffentlicht". Also ein geheimes Abkommen, das besagte, alle Positionen im Hörfunk und im Fernsehen werden in jeder Abteilung parteipolitisch besetzt, das heißt, wenn ‚rot‘ der Chef ist, dann ist ‚schwarz‘ der Stellvertreter, wo ‚schwarz‘ der Chef ist, ist ‚rot‘ der Stellvertreter und so können wir uns gegenseitig kontrollieren.

Abgesehen davon, daß man schon damals die Praxis hatte, im Hörfunk, wie im Fernsehen Parteipolitisches nur dann zuzulassen, wenn es die Parteisekretariate genehmigten und daß man dann praktisch in Minuten abgemessen hat, wieviele werden gesendet für die eine Partei, diese Minutenanzahl muß auch die andere bekommen. Entweder in der gleichen Sendung oder gleich danach. Also es war ein totales Proporzabkommen, meiner Ansicht nach eine Knebelung der Meinungsfreiheit im Hörfunk und im Fernsehen, also totale Kontrolle.

Als wir diese Zeit rekonstruiert haben für unsere Fernsehsendung "Österreich II" sind wir draufgekommen, daß die Parteien auch noch vereinbart haben, daß möglichst gar nicht gesendet wird, was nicht parteioffiziell zur Sendung freigegeben wird. Das war eine zusätzliche Vereinbarung. Dadurch haben wir bei "Österreich II" keine Materialien auffinden können. Wir haben gesagt: "In der Innenpolitik muß doch irgend etwas los gewesen sein. In der Wirtschaftspolitik muß was los gewesen sein." Aber es gab keine Materialien. Der ORF besaß keine, weil auch keine gesendet worden sind. Als wir geschaut haben, was überhaupt gebracht worden ist, zum Beispiel in der Austria Wochenschau, da waren boxkämpfende Känguruhs in Australien, die sowjetische Fischereiflotte vor Kamtschatka, die dänische Prinzessin auf Staatsbesuch in Argentinien, dressierte Affen in Saint Louis und dann war die Eröffnung des Autobahnstücks irgendwo bei Amstetten. Also wenigstens ein Stück Amstetten. Der Herr Minister hat gesprochen, ungefähr eine Minute. Sein Stellvertreter, also sein Aufpasser, hat gesprochen, auch eine Minute. Dann war 30 Sekunden ein Zusammenschnitt von 15 Bildern oder mehr von der Autobahn; nichts zum Verwenden. Also das war's, was man durchgelassen hat in der Zensur.

---

<sup>1</sup> Dieser Vortrag wurde von Hugo Portisch anläßlich der Jahrestagung der Österreichsektion des deutschen Studienkreises für Rundfunk und Geschichte am 14. November 1998 im ORF-Zentrum Wien gehalten.

Kurz, das war also die Vereinbarung. Und ich war zu der Zeit Chefredakteur des Kurier, damals die größte Zeitung Österreichs, auch wahrscheinlich die politisch einflußreichste und es kam mein Innenpolitiker zu mir und sagte: "Ich habe das aufgetrieben, da ist das Geheimabkommen in Kopie." Man hat es ihm ‚gesteckt‘. Wir haben gefragt: "Ist das echt?." Haben sofort herumtelefoniert und festgestellt: "Ja, das ist echt, das haben die wirklich abgeschlossen, das gibt's doch nicht!" Große, große Erzürnung. Und ich habe gesagt: "Da schimpfen wir über den Ostblock, über Zensur in den Diktaturen und da machen die hier solches! Das geht nicht, das ist demokratiegefährdend, echt demokratiegefährdend und infolgedessen werden wir etwas dagegen tun."

Ich habe einen Leitartikel geschrieben, einen ungeheuer aufgebracht und habe sozusagen gewütet in diesem Leitartikel: "Das geht nicht, das ist nicht zulässig, sie ruinieren die Demokratie, etc. etc.". Und laß das wie immer – alle Artikel, die bei uns geschrieben worden sind, hat ein anderer gegelesen – vom Chef vom Dienst, dem Hermann Stöger gegenlesen und der kommt herein und sagt: "Ja, ja, das ist unsere Stimmung, das ist so, aber geschehen wird nichts!" Sage ich: "Na ja, was sollen wir denn sonst machen?" Darauf Stöger: "Wir müßten etwas machen. Die Leute müßte man aufrufen oder so." Darauf sage ich: "Ja, das wollen wir eh schon seit langem." Schon als sie den "Watschenmann" eingestellt haben – der wurde auch abgewürgt vom Proporz, also der Regierungskoalition. Der "Watschenmann" war eine satirische Sendung im Rot-Weiß-Rot, damals ein amerikanischer Besetzungssender. Die alten Kabarettisten mit dem Helmut Qualtinger an der Spitze, Gerhard Bronner, Kreisler, Wehle und Mauthe, allesamt ganz große Leute, die haben diesen "Watschenmann" gemacht. Kaum waren die Amerikaner weg, wurde der Sender Rot-Weiß-Rot sofort von der RAVAG vereinnahmt und die hat den "Watschenmann" abgedreht. Damals wollten wir schon ein Volksbegehren durchsetzen, daß der "Watschenmann" bleibt und sind draufgekommen: "Ja, in der Verfassung sind Volksbegehren und Volksabstimmung vorgesehen, aber kein österreichisches Parlament hatte bis dahin die Durchführungsbestimmungen verabschiedet. Infolgedessen, wo keine Durchführungsbestimmungen sind, kann das auch nicht stattfinden." Also, haben wir gesagt: "Das kennen wir schon vom "Watschenmann", wir können kein Volksbegehren starten, weil es keine Durchführungsbestimmungen gibt." Ich habe nachgedacht und gemeint: "Wenn wir den Druck von der Öffentlichkeit her, von der öffentlichen Meinung her auf die Koalitionsparteien erhöhen, vielleicht kriegen wir das durch, daß sie endlich die Durchführungsbestimmungen machen". Und habe dann gemeint: "Wie erhöht man Druck? Schalten wir morgen einen Kupon ein, auf der ersten Seite, wo wir sagen: ‚Leser unterschreibe diesen Kupon‘. Ich heiße so und so, wohne dort und bin geboren dann und dann, also ganz identifizierbar, protestiere und wünsche und fordere‘ ..." Und haben einen solchen Protestkupon in die Zeitung eingeschaltet. Das Echo war ungeheuer. Am ersten Tag sind bereits Expressbriefe und Postkarten gekommen. Von überall wurden wir angerufen und das war nicht nur ein großes Echo unter der Leserschaft und unter den Menschen, sondern es haben mich auch Kollegen angerufen. Der Chefredakteur der Kleinen Zeitung in Graz, Fritz Csoklich, und vor allem auch der Chefredakteur der Wochenpresse, die damals ein sehr gewichtiges Organ war, auch ein politisch wichtiges, der Bruno Flajnik. Und die beiden haben gesagt: "Wir machen sofort mit", und haben den selben Kupon mit großen Aufmachern: "Protest, Protest!" dann einen Tag später auch in ihren Zeitungen abgedruckt, und innerhalb von ‚ich glaube fünf Tagen‘ waren hunderttausende Stimmen da. Und das war deshalb so erstaunlich, weil fast jeder in diesem Land koalitionsabhängig war. 60 % der Wirtschaft waren mehr oder weniger verstaatlicht, jedenfalls unter der Einflußsphäre der Parteien. Selbst die Privatwirtschaft war von der Koalition in einem großen Maße abhängig, man konnte ja fast keine Position in dem Land bekommen, ohne nicht bei einer Partei zu sein oder die Protektion einer der großen Parteien zu genießen. Und daß hier die Leute mit Namen und Adresse aufstehen, ganz gewiß 90 % von denen waren

von Parteien abhängig, da war auch den Parteiführungen in dem Moment klar: "Hier geht etwas vor." Ich will das jetzt nicht vergleichen mit der DDR: "Wir sind das Volk", aber ein Miniaturaufstand dieser Art war es. Es war für die Politiker jedenfalls ein Aufstand, groß genug, um sich dann zu melden. Mich hat angerufen der Bundeskanzler Gorbach und zehn Minuten später der Vizekanzler Pittermann (Gorbach: ÖVP, Pittermann: SPÖ): "Kommen Sie bitte ins Parlament, ich möchte mit Ihnen sprechen." Ich rufe daraufhin Csoklich und Flajnik an und sage: "Die wollen sprechen und sicher über unsere Aktion. Seid Ihr einverstanden, wenn ich das mache?" "Ja, ja, voll, tu nur!" Und natürlich hätte ich gerne gewollt, daß die auch mitgehen, aber das war so schnell nicht organisierbar. Im Parlament haben sie mich einzeln empfangen, nicht gemeinsam, zuerst der Bundeskanzler Gorbach, aber beide haben die selbe Frage gestellt: "Was müssen wir tun, damit Ihr aufhört mit der Kampagne?" Das war die Geburtsstunde aller Volksbegehren, die nachher gekommen sind.

Die Antwort hatten wir vorher koordiniert, Csoklich, Flajnik und ich. Wenn die fragen, dann stellen wir folgende Bedingungen: Erstens, dieses Geheimabkommen muß sofort annulliert werden, das darf nicht in Kraft treten, das ist das Um und Auf. Das zweite ist, der Rundfunk muß entparteipolitisiert werden, nicht entpolitisiert, aber entparteipolitisiert. Auch jetzt schon war der Hörfunk und das Fernsehen natürlich völlig unter Parteikontrolle. Es hätte dieses Abkommens gar nicht bedurft, sie wollten nur diesen Istzustand fixieren mit diesem Abkommen. Und drittens, da muß eine Reform rein, die auch das freie Wort gewährleistet. Das gibt es nicht, daß Nachrichtensendungen tagelang ohne ein Wort über die Innenpolitik verlaufen. Man stelle sich das vor: Tagelang Meldungen, alles übers Ausland, nichts über Österreich. Also das geht nicht, das sind ganz große, meinungsbildende Instrumente und da muß einfach Demokratie rein und das können sich die Parteien nicht unter den Nagel reißen. Sie können vor allem nicht die Berichterstattung verhindern.

Ich darf daran erinnern, daß zum damaligen Zeitpunkt die Beamten Auskunftsverbot gehabt haben. Also, wenn sie einen Beamten einmal angerufen haben, egal wo, dann hat er gesagt: Ich darf nichts sagen. In allen Ministerien. Die Politiker hingegen waren entweder nicht erreichbar, oder sie haben gesagt: "Da sagen wir nichts!" Also das ist heute alles undenkbar, aber so war es. Wir mußten warten, vier oder sechs Wochen auf irgend eine kleine Pressekonferenz. Wenn der Bundeskanzler interviewt worden ist, sind vorher die Fragen und Antworten ausgearbeitet worden. Dann hat das Sekretariat im Rundfunk und im Fernsehen angerufen und hat gesagt: "Schickt einen her, der soll das fragen." Und dann ist der gekommen, hat das vorher studiert und vor der Kamera haben sie die Zettel gehalten.

Ja, der Reporter hat gefragt, der Bundeskanzler oder irgendein Minister hat daraufhin andere Papierl genommen und hat geantwortet. Ein vorbereitetes Spiel. Und das bitte fast 20 Jahre nach dem Krieg, 20 Jahre nach der NS-Diktatur. Das war unfassbar! Also daher: Entparteipolitisierung des Hörfunks und des Fernsehens. "Aber natürlich, wir brauchen Zeiträume. Die können uns das nicht nur so versprechen und dann nichts machen, sondern das muß innerhalb der Jahresfrist geschehen. Innerhalb eines Jahres muß diese Reform über die Bühne gehen." Darauf haben die Politiker gleich gesagt: "Ja, so haben wir es uns eh gedacht, ein Ministerkomitee wird eingesetzt, unter der Führung des Justizministers Broda und des Unterrichtsministers Drimmel und zwei andere kommen noch dazu und die sollen diese Rundfunkreform innerhalb eines Jahres machen." War schon verdächtig: vier Minister: zwei rot, zwei schwarz, was werden sie also groß reformieren? Aber damit haben wir ja gerechnet, daß sie unter Umständen nichts machen werden und in der Zwischenzeit, in dieser Jahresfrist, muß das Parlament die Durchführungsbestimmungen für Volksbegehren und Volksabstimmung beschließen, damit wir, wenn sie diese Reform innerhalb eines Jahres nicht machen, damit wir

das Instrument haben, sie zu zwingen zu der Reform. Das war natürlich unsere schärfste Waffe, die Durchführungsbestimmungen für Volksbegehren und Volksabstimmung. Das haben sie also zugesagt. Wir haben das groß gewürdigt, die Kleine Zeitung, die Wochenpresse und der Kurier haben gesagt: "Gut, die haben reagiert auf Volkes Wille." Das war 1963, gleich zu Beginn der Regierung Gorbach, Pittermann und im Jahr 64 lief diese Frist ab.

Wie gesagt, nachdem die Sache schon ganz reif war, mußten wir ein Ventil öffnen. Diese große Koalition war ja total verkrustet, fast schon 20 Jahre am Ruder, alles unterdrückt und unterstellt, die späteren Prozesse haben das ja erwiesen, die großen Skandale, die da während der Koalition stattgefunden haben. Man hatte schon den Eindruck, daß da ungeheuer viel zugedeckt worden ist.

Sie haben jedenfalls diese Durchführungsbestimmungen für Volksbegehren und Volksbefragung gemacht und wir hatten das Instrument. Der Aufruf zur Reform des Rundfunks war damit auch die Geburtsstunde aller nachfolgenden Volksbegehren und Volksbefragungen bis zum heutigen Tag.

Dann war es so weit. Diese Frist war abgelaufen, sie hatten nichts getan und da haben wir noch einen letzten Versuch gemacht. Es galt natürlich das erste Volksbegehren der Republik durchzuführen, ohne Geld dafür zu haben und ohne die geringste Unterstützung von Seiten des Staates. So dachten wir, es wäre ganz gut, wenn der Kelch an uns vorüberginge, denn wir waren unerfahren auf dem Gebiet. "Wenn sie uns jetzt in die Hand hinein versprechen, morgen machen sie die Sitzung und morgen geht es, dann schauen wir noch zu." Eine Wochenfrist hatten sie noch, oder 14 Tage. Ich ging also zu den Ministern. Der Drimmel hat uns gnädig empfangen, der Broda hat uns fast hinausgeschmissen. Das muß ich leider sagen, obwohl ich ihn sehr geschätzt habe und möchte gleich hinzu sagen, er war ein großartiger Justizminister, der ganz große Reformen gemacht hat, wie die Familienreform, etc. Ich will da objektiv bleiben, aber in dieser Sache hat er kein Einsehen gekannt.

In dem Moment, wo die Frist abgelaufen war und die haben nichts gemacht, haben wir gesagt, "Wir erfüllen das, was wir unserer Leserschaft versprochen haben. Wir machen jetzt das Volksbegehren." Da gingen unendlich viele an Bord. Also einer, dem ich das ganz hoch anrechne bis zum heutigen Tag, war der Günther Nenning, der damals Präsident der Journalistengewerkschaft war, ein Sozialdemokrat, damals hießen sie noch Sozialisten, ein Mann des ÖGB, der sofort gegen diesen Stachel gelockt hat.

Die SPÖ und die ÖVP haben geschäumt, daß wir das machen wollen. Wir haben schreckliche feindselige Angriffe bekommen, in der Arbeiter Zeitung (SPÖ), im Kleinen Volksblatt (ÖVP), alles nachzulesen. Es war unglaublich, wie sie uns angegriffen haben: wir sind eine Kommerzpartei, wir sind die Faschisten, wir wollen den Staat, ... und so weiter, also alles mögliche wurden wir da genannt. Der Günther Nenning hat gesagt: "Nein, das ist richtig! Als Präsident der Journalistengewerkschaft bin ich absolut dafür." Er ist dann auch innerhalb der Gewerkschaft von Pontius zu Pilatus gelaufen, um dort Support zu mobilisieren. Hat dort und da ein bißchen was gekriegt, auch von anderen Gewerkschaften, aber da die SPÖ eine viel strengere Parteidisziplin hatte damals, hat sich dort fast niemand rausgetraut. Bei der ÖVP ja auch fast niemand, nur war es halt so, daß bei den Zeitungen mehr Bürgerliche darunter waren. Die AZ hat natürlich nicht mitgemacht, das Volksblatt auch nicht. Aber nach und nach haben fast alle Parteiunabhängigen mitgemacht: 52 Zeitungen und Zeitschriften haben sich der Sache angeschlossen. Wofür wir wahnsinnig dankbar waren, war die Presse. Wofür wir auch sehr dankbar waren, war die Kronen Zeitung und dann natürlich die Salzburger Nachrichten, die

Oberösterreichischen Nachrichten, beide Tiroler Zeitungen. Also alles, was nicht parteipolitisch war, hat mitgezogen. Die Parteizeitungen durch die Bank nicht. Ebenso der Express nicht, der war zu stark sozialdemokratisch. Express war eine gemeinsame Gründung Molden, Bacher, nur hatten sie das Geld dazu nicht und haben am Anfang 50 % der Anteile an die SPÖ verkauft plus 1 % Option. Die SPÖ hat von dieser Option dann später Gebrauch gemacht, ich glaube irgendwann im Jahr 1962/63.

In dem Moment, wo es heikel geworden ist, haben sie das eine Prozent beansprucht. Damit war die Unabhängigkeit verloren. Obwohl der Express auch davor schon zu 50 % im Besitz der SPÖ war, hatten Molden und Bacher sich lediglich verpflichtet, generelle Prinzipien einzuhalten, mit denen man durchaus einverstanden sein konnte. Sie sind dann ausgestiegen und danach waren durchwegs von der SPÖ bestellte Chefredakteure dort und es war eine die SPÖ ziemlich offen unterstützende Boulevardzeitung. Gut gemacht, am Anfang, dann immer schlechter. Aber so war es halt. Überall, wo die Parteien reingegangen sind, haben sie eigentlich die Zeitungen ruiniert. Selbst die Besatzungsmächte haben ihre Zeitungen übergeben. Mit Ausnahme des Kurier wurden alle parteimäßig übergeben, so z.B. Weltpresse und Welt am Abend an die Sozialdemokraten, aber wo immer sie rein sind, haben sie es ruiniert.

Zurück zum Volksbegehren: Wir hatten zum Schluß 52 Verbündete, wobei wahrscheinlich ein Dutzend Tageszeitungen waren, der Rest waren Wochen- und Monatszeitschriften, jedenfalls war es eine geballte Ladung. Die wichtigsten Organe in den Bundesländern und die wichtigsten Organe in Wien sind da hinter dem Volksbegehren gestanden. Wir haben ein Volksbegehrenskomitee gegründet. Wir haben dort eine große Resolution gefaßt, wo wir genau gesagt haben, was wir wollen, genau unsere demokratische Zielsetzung niedergelegt haben. Beim Volksbegehren war es notwendig, ich weiß nicht wieviel hunderttausend Stimmen damals, es war jedenfalls sehr hoch – 100.000 Stimmen einzuholen, damit es überhaupt durchgeführt werden kann. Auch heute müssen sie Stimmen einholen, damit es durchgeführt werden kann, aber bedeutend weniger. Damals war die Latte ganz hoch gelegt, aber es war für so viele Zeitungen natürlich auch keine Affäre. Wir hatten die Unterschriften im Nu beisammen gehabt. Eine weitere Schwierigkeit war natürlich, daß die Herausgeber – wir waren ja die Chefredakteure, die Eigentümer der Zeitungen waren die Herausgeber – und die Eigentümer jetzt erkannt haben: "Was wollen die Chefredakteure? Die wollen uns da eine Mordskonkurrenz anzüchten, einen guten Rundfunk, einen guten Hörfunk, ein gutes Fernsehen. Das wird für die Zeitungen schlecht ausgehen. Jetzt ist der Rundfunk so fad, man muß Zeitung lesen, weil man kommt mit Hörfunk und Fernsehen nachrichtenmäßig überhaupt nicht durch und natürlich haben wir dadurch auch die Werbung." Die Herausgeber haben Bedenken bekommen. Aber es war zu spät. Wir, die Chefredakteure, hatten eine solche Dampfwalze in Gang gesetzt. Überall waren die Chefredakteure Widerstandskämpfer in ihren eigenen Häusern. Es war nun Widerstand gegen die eigenen Herausgeber, die man erst alle überzeugen mußte. Wenn es gut gegangen ist, konnte man sie überzeugen, wenn es schlecht gegangen ist, mußte man fast gegen ihren Willen die Dinge durchsetzen, wobei wir notfalls sogar an Streiks gedacht haben, um das durchzusetzen. Wir waren besessen von der Idee: "Wir müssen dieses Land demokratisieren und dazu braucht es diese Instrumente Hörfunk und Fernsehen, es braucht eine freie Meinungsbildung." Ja, da muß ich sagen, da haben wir unseren Herausgebern wirklich die Daumenschrauben angesetzt. Der Herausgeber des Kurier, der Dr. Ludwig Polsterer, der das Ganze auch nicht so jubelnd gesehen hat, der es auch mit größter Skepsis betrachtet hat, der öfters gesagt hat: "Also das möchte ich mir jetzt anschauen, das wird sicher kein Erfolg." Hat sich aber dann doch – breitschlagen möchte ich nicht sagen – bereit erklärt, uns alles zur Verfügung zu stellen, was wir gebraucht haben. Und das haben wir. Der Kurier hatte damals das beste PR-Lokal in der Stadt, das sog. Kurier-Eck, Ecke Kärntnerstraße beim

Hotel Sacher, dort, wo jetzt das Reisebüro Intropa drinnen ist, das war das sog. Kurier-Eck als Zentrale.

Noch eine Erschwernis war – das muß man heute auch nicht mehr – man mußte für das Volksbegehren einen genauen Gesetzestext haben, also ein total ausgearbeitetes Gesetz. Dieser vollständige Text lag dann zur Unterschrift vor, mit dem Zusatz: "Ich begehre, daß der Nationalrat im Parlament dieses Gesetz berät und ich begehre, daß der Nationalrat dieses Gesetz auch zum Gesetz erhebt." Darunter die Unterschrift. Das war natürlich sehr kompliziert, das Gesetz. Wir haben einige der besten Anwälte dieses Landes herangezogen. Wir haben ausländische Expertisen herangezogen, insbesondere von der BBC in London und haben, wie ich glaube, ein ganz sauberes Gesetz gemacht, weil es sich auch an die BBC-Linie gehalten hat. Das haben wir eingebracht und jetzt war die Frage: "Wer wird sich trauen, da wirklich hinzugehen und zu unterschreiben?"

Da hatten wir jetzt eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. In vielen Bürgermeisterämtern in den Ländern draußen haben es die Bürgermeister einfach in den Papierkorb geworfen, was sie an Unterlagen vom Innenministerium bekommen haben. "Da soll man was aushängen und da soll noch was unterschrieben werden, und ein Abstimmungslokal – das ist ja keine Wahl!" Also in vielen, vielen Ortschaften wurde das Volksbegehren einfach nicht zur Kenntnis genommen. In Wien war es besonders arg für uns, weil die haben gesagt: "Ja, das müssen wir ja wohl, weil Gesetz ist Gesetz, aber unterschrieben kann nur auf den Magistratischen Bezirksämtern werden." Das heißt, wir hatten in ganz Wien 23 Lokale zum Unterschreiben und nicht eines mehr. Das muß man sich nur vorstellen. Wir dachten: "Gesetzt den Fall, es gehen 20.000 zum Unterschreiben in Wien, stehen sie zwei Stunden Schlange bei 23 Lokalen. Das wird nicht gut gehen." Aber wir konnten nichts mehr machen. Eintragungsfrist eine Woche, 23 Lokale, noch dazu nur in der Arbeitszeit geöffnet – denn die Leute wollten ja gehen, wenn sie nicht arbeiteten. Also es war fast nicht zu erwarten, daß wir da durchkommen werden.

Darüber hinaus kam der nächste Schlag. Hörfunk und Fernsehen bekamen von ihren Direktoren den strikten Auftrag: "Volksbegehren wird nicht erwähnt!" Das erste Volksbegehren dieser Republik wurde im Hörfunk und im Fernsehen mit keinem einzigen Wort erwähnt. Das muß man sich auch vorstellen. Heute muß das regierungsfeindlichste Volksbegehren natürlich nach allen Regeln der Kunst von Hörfunk und vom Fernsehen behandelt werden, aber es ist schon eine Folge dessen, was damals geschehen ist. Also es wurde nicht erwähnt.

Wir hatten in dieser Zeit auch eine Diskussionsrunde laufen, beim Hörfunk, noch nicht beim Fernsehen, aber beim Hörfunk: Chefredakteure diskutieren. Ich weiß nicht, welchen Titel diese Sendung hatte damals, aber es war eine Diskussionsrunde von Chefredakteuren. Und da war auch der Herr Molden, damals noch Chefredakteur der Presse, der Oscar Pollak von der Arbeiter Zeitung, der Grössl vom Volksblatt, ich vom Kurier – ich glaube, wir waren nur zu viert. Und der Herr Polly hat das geleitet. Er war einer meiner Lehrer, ich habe beim Polly begonnen in der Außenpolitik. Also ich hatte großen Respekt für ihn und wir kommen dort hin und er sagt: "Also, was ist das Thema dieser Woche?" Und wir sagen: "An und für sich müßte das Thema das Volksbegehren sein." "Aber bitteschön, das kommt ja nicht in Frage." Da haben wir gesagt: "Das haben wir uns eh so vorgestellt." "Und ich bitte die Herren, wenn nur einer das Thema ‚Volksbegehren‘ sagt, dann breche ich die Sendung ab." Also das ist so weit gegangen, so war es halt.

Da muß ich leider sagen: Erstens einmal, ich möchte die journalistische und professionelle Qualität dieser Leute im Rundfunk nicht bezweifeln. Obwohl sie parteipolitisch abhängig waren

und parteipolitisch eingesetzt waren, waren sie als Journalisten hervorragende Leute, das möchte ich gleich dazusagen. Auch der Fernsehdirektor, der Freund, war ein ungeheuer begabter Mann und die beiden Chefredakteure im Fernsehen und im Hörfunk waren auch sehr begabte und gute Leute. Sie waren aber natürlich parteiabhängig. Sie waren von den Parteien eingesetzt mit parteilichen Aufträgen und sie haben diese Aufträge durchgeführt.

Einer hat's gewagt: Max Eisler, der war Reporter im Hörfunk, ist am nächsten Tag auf der Straße gelegen, kaltblütig geschmissen. Eine Stunde später war er Angestellter des Kurier, kann ich gleich dazusagen. In der Sendung "Reporter unterwegs" hat er gesagt: "Es findet ein Volksbegehren statt" – und schon war er draußen.

Und nun gab es noch einmal eine Hürde zu nehmen. Es durfte ja nicht so ausschauen, als ob der Kurier da die Führung übernimmt. Es waren ja alles gleichberechtigte Zeitungen, logischerweise, die auch alle gleich viel zu sagen hatten bei der Geschichte und mitzubestimmen hatten. Wir wollten nicht und sollten nicht mehr federführend sein. In dem Moment, wo es 52 waren und in dem Moment, in dem die Journalistengewerkschaft dabei war, mußten alle völlig gleichberechtigt im Konsens und kollegial sein. Die einzigen, die die materiellen Möglichkeiten hatten, war der Kurier, weil die anderen hatten nichts dazugeben, oder wenig. Und daher haben wir dann gesagt, "Bitte, wer in der ganzen Kurier-Mannschaft verdient das Vertrauen aller 52 und wird nicht im Sinne des Kurier handeln?" EU-Präsidentschaft sozusagen. Es war also auch so eine Konstruktion. Und da haben sich alle an Hermann Stöger erinnert, der ein ungeheuer integrierender Mann war und an den Franz Traintinger, der wußte, wie man alles und jedes organisiert, er war der erfahrene Organisationsleiter des Kurier.

Dann sind wir draufgekommen, also die Bürgermeister funktionieren nicht in den Ländern draußen, oder großteils nicht, und manche gehen sogar als Bürgermeister und als Beamte gegen das Volksbegehren vor. Die Koalition, beide Großparteien, haben das wirklich als einen tödlichen Angriff gegen sich aufgefaßt. Daraufhin haben wir große Werbefeldzüge gemacht, mit unseren Privatautos sind wir rausgefahren, durch Niederösterreich, durch die Steiermark. Ich glaube, sämtliche Chefredakteure haben über Lautsprecher auf den Dorfplätzen gesprochen, der Schulmeister, der Flajnik und der Csoklich, der Nenning und ich. Also wer halt gerade Zeit gehabt hat, ist rausgefahren und wir haben die Gemeindeämter kontrolliert und haben Dutzende Anzeigen erstattet. Wo die das in den Papierkorb geschmissen haben, die waren schon angezeigt. Wir haben einstweilige Verfügungen durchgesetzt, daß es halbwegs noch geht und dann haben wir uns gesagt: "Jetzt können wir nur mehr Daumen halten." Haben jeden Tag getrommelt in den Zeitungen. Die Herausgeber sind schon Kopf gestanden, in der Zeitung steht schon nichts mehr anderes. Dann haben wir natürlich versucht, Prominenz herbeizuziehen, um uns zu unterstützen. Ein paar haben uns unterstützt, ich glaube der Antel und ein paar andere, aber nicht allzu viele haben wir bekommen. Und das war ja auch noch eine furchtbare Periode, weil das Volksbegehren war zwar abgeschlossen mit dem letzten Sonntag, aber danach war die Zählung ganz, ganz langsam und am Dienstag hatten wir erst 159.000 Unterschriften. Ich glaube, 250.000 hätten wir gebraucht, das war auch viel mehr als heute. Und kaum waren die ersten Zählungen herinnen und sie waren weit unter dem Ziel, da hätten sie die Leitartikel lesen sollen. Das Kleine Volksblatt hat geschrieben: "Also zwischen dem, was die da bei dem Volksbegehren zusammengebracht haben und den Stimmen, die wir für unsere Partei kriegen, da ist der Unterschied so groß, wie zwischen dem Stephansdom und einer Schrebergartenhütten." Wörtlich im Volksblatt zu lesen! Die AZ hat überhaupt nur "Riesige Blamage, usw." geschrieben. Aber nach und nach kamen alle Zahlen herein und zum Schluß hatten wir 832.000 Stimmen und das war für lange, lange Jahre das höchste Ergebnis, das ein Volksbegehren überhaupt gehabt hatte. Man muß sich vorstellen, unter welchen Umständen:

Hörfunk und Fernsehen hatten nicht berichtet, beide Großparteien waren energisch dagegen, haben gedroht, haben ihren Anhängern gedroht. Jeder, der dort hingegangen ist, mußte mit einem Ausweis hingehen und mußte sagen, "Ich bin der und der, ich wohne dort und dort, und ich unterschreibe hier etwas, womit die beiden Regierungsparteien nicht einverstanden sind." Das war auch ein großer Akt der Zivilcourage für sehr, sehr viele Leute. Also unter solchen Umständen, in einer solchen Atmosphäre ein solches Resultat zustande zu bringen, war kolossal. Und es war die gemeinschaftliche Anstrengung von 62 Zeitungen und Zeitschriften und der Journalistengewerkschaft.

Das weitere Schicksal des Volksbegehrens war kein so gutes, wie man meinen mag. Also das Volksbegehren wurde eingebracht im Parlament und wurde auch behandelt im Parlament und wurde natürlich abschlägig behandelt. Die Volkspartei hatte zwar eingeschwenkt mittlerweile. Also die hat erkannt, da ist was los. Da dürfen wir uns nicht auf die Dauer dagegen stellen, hat sich hinübergehantelt auf eine unterstützende Linie. Die Freiheitliche Partei, damals unter Peter glaube ich – war es schon Peter? – hat sich prinzipiell dafür ausgesprochen, hatte aber nur 4 Abgeordnete oder 6, weil die natürlich alles, was gegen die Koalition war, unterstützten. Aber ihre Unterstützung haben wir nicht gebraucht. Aber die SPÖ war ganz strikt dagegen, und nachdem ja noch die große Koalition bestanden hat, ging es nicht durch, weil auch die Volkspartei konnte innerhalb der Koalition natürlich nichts machen, sie war an den Koalitionspakt gebunden. Also das Volksbegehren wurde abschlägig behandelt, wie so manche Volksbegehren seither auch. Und damit war es in der Schublade und aus. Und dann kam das Jahr 1966. Also das Volksbegehren haben wir 64 durchgeführt, ja 2 Jahre zuvor, es wurde dann 65 behandelt und in die Schublade gelegt, also negativ. Daß die Zeitungen sich darüber sehr empört haben, können Sie sich vorstellen, daß wir da sehr getrommelt haben. Und dann kam der Wahlkampf 1966 und da haben alle Zeitungen wiederum die Sache aufgegriffen und haben gesagt: "Wir werden für jene Partei sein, die sich voll hinter dieses Volksbegehren stellt. Und da war die ÖVP unter dem neuen Generalsekretär Withalm und unter ihrem neuen Parteiohmann Klaus klug genug, was uns nicht so angenehm war, denn vorher waren sie die ganze Zeit gegen uns, und dann haben sie sich sozusagen auf unsere Linie gesetzt. Wir haben uns parteipolitisch zwar distanziert von denen, aber Tatsache war, daß sie dann ganz voll hineingegangen sind: "Wenn wir die Mehrheit kriegen, setzen wir das Volksbegehren um." Sie haben dann die absolute Mehrheit bekommen 1966, aus mehreren Gründen. Faktor Nummer eins war die Olah-Krise, wo die SPÖ also innerparteilich ganz zerstritten war.

Eine andere Krise löste Fussach aus, wo die Sozialisten ein Schiff auf den Namen Karl Renner taufen wollten, aber die Bevölkerung von Vorarlberg ist aufgestanden und hat den Verkehrsminister verjagt. Also da gab es eine Krise nach der anderen. Die SPÖ war total von Krisen geschüttelt. Aber das Volksbegehren war ganz sicherlich auch ein Faktor. Wie groß der war, ist nicht bestimmbar. Dann kam die Volkspartei also mit einer Mehrheit, hat die erste monokolore Regierung überhaupt in der Zweiten Republik 1966 gebildet – denn bis dahin gab es ja nur die große Koalition – hat allein regiert, als schwarze Regierung und mußte jetzt also auch, und wurde von den Zeitungen ungeheuerlich gepreßt, das Volksbegehren durchzuführen. Und das hat Kreisky nachher mit einigem Recht immer wieder halt vorgebracht, und hat das benützt, um seine Antirundfunkreform dann durchzusetzen, möchte ich gleich sagen, im Jahr 74: Die ÖVP hatte unseren Text geändert. Sie haben zwar weitgehend unseren Volksbegehrenstext genommen, haben aber doch das Kuratorium und die zuständigen Gremien verändert. Wir hatten die Gremien so besetzt in unserem Gesetz, daß keine der Parteien den Rundfunk nachher hätte beherrschen können. Es wäre wahrscheinlich auf österreichische Art und Weise durch Osmose doch wieder so geworden. Aber im Prinzip haben wir versucht, eine Barriere aufzubauen.

Es war dann so, daß eine schwarze Mehrheit für die Bestellung der Rundfunkorgane zuständig wurde: eine monokolore Regierung, die eine schwarze Mehrheit auch in den Bestellungsorganen hat. Das hat uns natürlich sehr betrübt und dagegen haben wir dann nur ein Mittel gesehen. Nämlich ihnen einen Generalintendanten aufzuzwingen geradezu, von dem wir wußten, der wird sich nicht drum scheren. Und wenn es uns gelingt, den durchzusetzen, dann wird er auch den ganzen Rundfunk aus diesem parteipolitischen Mief herausnehmen und da gab's von allen, die wir weit und breit gesehen haben, nur den Gerd Bacher, der energisch genug war, der auch viel Zivilcourage gezeigt hat, der auch aufgestanden ist gegen die politischen Granden. Aber es war auch sehr schwer, ihn durchzusetzen, sehr schwer. Der Bundeskanzler Klaus hat uns einzeln vergattern wollen, hat uns zu sich gebeten: "Trinken wir einen schwarzen Kaffee, muß es der Bacher sein?" Obwohl auch viele dagegen waren. Unter den Journalisten hatte Bacher natürlich auch eine Menge Feinde gehabt, wie jeder von uns, und trotzdem haben wir gesagt: "Kinder, da müssen wir uns einig bleiben, weil sonst geht's nicht." Erneut eine Solidarisierung der Printmedien in einer Weise, wie wir es kaum für möglich gehalten hätten vorher, und vielleicht auch nachher. Aber der Bacher ist durchgesetzt worden und der Bacher hat ja dann als allererstes die gesamte Rundfunkleitung vor die Tür gesetzt, was ein Schock war für viele, ehrlich gesagt auch für mich, denn ich habe gesagt: "Na schön gut, schauen wir dazu, daß wir die Parteisekretariate ausschalten." Aber ich habe nicht gedacht, daß man die Menschen ausschalten wird und der Bacher kam herein, hat am gleichen Tag, 24 Stunden nachdem er gewählt war, als Generalintendant alle Direktoren im Hörfunk und im Rundfunk entlassen. Die waren über Nacht auf der Straße. Das war der Fernsehdirektor, das war der Hörfunkdirektor, das war der Technische Direktor, es war der Kaufmännische Direktor, es waren die Chefredakteure, die waren weg. Und da habe ich, glaube ich, sogar einen Leitartikel geschrieben: "Also, hallo, hallo, so arg haben wir es nicht gedacht." Und wirklich, es war eine Verstimmung da, auch unter den Leuten, die das Volksbegehren machten. Und nachher haben wir Abbitte geleistet, aber ehrlich, weil Bacher hat dann doch bewiesen, daß er nur durch diese Maßnahme die tausend Loyalitäten in den Häusern Hörfunk und Fernsehen, die gegenüber den Parteisekretariaten da waren, abbauen konnte. Bacher hat gesagt: "Wenn ich das nicht gemacht hätte, wenn ich nicht die Köpfe weggeschnitten hätte, wenn ich die gelassen hätte, alles wäre geblieben innerhalb des Hauses, das ganze Netz wäre verfestigt geblieben. Ich wäre da oben im luftleeren Raum gestanden." Und ich glaube, er hat recht. Es war so. Aber dadurch, daß er über Nacht die Köpfe abgeschnitten hat, hat das eine ungeheure Wirkung gehabt. Es haben sich 90 % der Belegschaft zum Generalintendanten bekannt und sind auf seine Linie gegangen. Bacher sagte: "Kinder, ihr müßt begreifen, jetzt seid ihr alle frei. Ich habe euch befreit, sozusagen, von allen Bindungen." Und es hat dann geklappt, obwohl ich lange gebraucht habe, das einzusehen. Es war doch so.

Die Chefredakteure, die das Volksbegehren unterstützten, hatten alle eine Resolution unterschrieben, daß sie keinerlei Führungspositionen im ORF annehmen würden und das ist bitte von allen Chefredakteuren gehalten worden. Es hat nie jemand eine angenommen. Der Bacher war nicht Mitglied des Volksbegehrenskomitees, das waren nur die Chefredakteure, und soweit ich mich erinnern kann, ist dann keiner hereingeholt worden. Die Leute, die hereingeholt wurden, waren Gegner des Volksbegehrens. Franz Kreuzer war Chefredakteur der Arbeiter Zeitung und hat Leitartikel gegen das Volksbegehren geschrieben gehabt. Dalma war Chefredakteur beim Münchner Merkur, wurde also aus München hereingeholt. Die anderen waren Rundfunkleute. Der Dr. Bock war einer, der dann Chefredakteur im Hörfunk wurde, war schon im Hörfunk. Vor allem aber Helmut Zilk, er kam aus dem Rundfunk und er wurde der erste (und einzige) Fernsehdirektor. Einen großen Teil der dann erfolgten Reformen hat er durchgezogen.

Ich habe dann den Kurier 1967 verlassen, aber nicht in der Absicht, zum Rundfunk zu gehen. Ich hatte mich nicht gerade bei meinem Herausgeber sehr beliebt gemacht durch diese Dinge und es war dieses Verhältnis zwischen dem Herausgeber des Kurier und mir auch noch durch ganz andere Dinge belastet. Ich bin also weg. Die Süddeutsche Zeitung hatte mir ein Angebot gestellt und im bayrischen Fernsehen war ich bereits 8 Jahre Kommentator. Ich habe also dort weltpolitische Samstagkommentare, abwechselnd mit den Chefredakteuren von der Süddeutschen und vom Merkur gemacht und da kam eben der Gerd Bacher und hat gesagt: "Das ist unsinnig, du machst dort Kommentare, mach sie für uns!" Und da habe ich aber alle Chefredakteure angerufen: "Ich gehe dort in keine Position," – ich war nie beim Rundfunk angestellt, nicht eine Stunde seither, nicht bis zum heutigen Tag, war immer freier Mitarbeiter, von damals bis heute – "aber immerhin wollen sie mich haben als Chefkommentator und seht Ihr das als einen Bruch an, wenn ich das mache?" Da haben sie gesagt: "Na selbstverständlich", es waren alle dafür. Muß schon sagen, alle haben sich sehr kollegial verhalten und es hat niemand einen Bruch unseres Abkommens darin gesehen.

Und ich glaube auch sonst haben alle, das ist schon wahr, letztlich das ganze Land, das gesamte Printmedium davon profitiert. Das war eine falsche Annahme der Herausgeber, daß der neue Hörfunk und das Fernsehen, daß sie Gegner oder wirkliche Konkurrenten der Zeitungen sein werden. Das waren sie vom ersten Moment bis heute nicht. Im Gegenteil, das Inseratenaufkommen für alle Printmedien ist gestiegen. Das Interesse der Menschen an Nachrichten, an Information ist gestiegen. Wir können uns dann ein andermal darüber unterhalten, in welcher Form und wofür, was da wirklich gestiegen ist und nicht gestiegen ist, aber im Prinzip gibt es heute, glaube ich, doppelt, wenn nicht dreimal so viele Leser in diesem Land als damals, und die Zeitungen haben mindestens doppelt soviel, wenn nicht dreimal soviel Werbeaufkommen als damals. Also das alles hat zu einer gewaltigen Belebung der ganzen Informationsgesellschaft geführt. Der Bacher hat das eine "Informationsexplosion" genannt und das war's auch.

Außerdem, glaube ich, daß infolge des Rundfunk-Volksbegehrens die innere Bewegungsfreiheit der Chefredakteure und damit der Redaktionen größer geworden ist und sie damit ihr Selbstbewußtsein auch sehr gestärkt haben.